

# Sparpaket: Zur Kassa bitte!

## WIE VIEL DIE NEUE REGIERUNG KOSTET

### MILLIARDEN-KARUSSELL. Zum Regierungsstart präsentieren Schüssel & Co ein Riesen-Belastungspaket: Wer verliert, wer profitiert.

So viel kosten eine Durchschnittsfamilie Pensionsreform, Ökosteuer und Selbstbehalte pro Jahr.

Bei den österreichischen Durchschnittseinkommen profitiert sie mit 400 Euro, er mit 100 Euro.

**D**er Kanzler verpasste seinem Koalitionspartner unmittelbar vor dem Weg zur Angelobung noch eine Mutinjektion: „Auf diesem mutigen Weg wollen wir weitergehen. Und das Fürchten überlassen wir anderen.“ Wolfgang Schüssel hat gut lachen – er verhinderte durch seine Koalition mit der FPÖ, dass

in Höchstpensionen unter anderem für Politiker wie ihn eingegriffen wird, wie die SP verlangt.

Dafür zahlt Otto Normalverbraucher die volle Zeche. Denn die neue, alte Regierung dreht unter Regie ihres Finanzministers Karl-Heinz Grassler kräftig an der Belastungsschraube. Kanzler Gerhard Schröder und seine rot-grünen Abkassierer in Deutschland nehmen sich dagegen fast wie Waisenknaben an – hätte Deutschland dieselben Staatseinnahmen aus Steuern, Gebühren etc. (Quote 45 Prozent) wie Österreich (52 Prozent), hätten unsere Lieblingsnachbarn einen Budgetüberschuss. Österreich macht nach fast drei Jahren Nulldefizit-Kurs zwar auch wieder Miese im Staatshaushalt, schraubt aber zumindest im nächsten Jahr noch einmal die Belastung für die Steuerzahler kräftig in die Höhe.

Die größten Brocken haben es jedenfalls in sich.

**Pensionsreform.** Zwischen 2004 und 2009 soll die Frühpension abgeschafft werden. Ab sofort ist jedes gearbeitete Jahr bei der Pensionsberechnung weniger wert – wer bisher nach 40 Berufsjahren seine rechnerische Höchstpension erreichte, muss künftig 45 Jahre dafür arbeiten. Und er wird sie wohl trotzdem nicht schaffen. Weil „schlechte“ Jahre, etwa für Kindererziehung, Umschulung oder Arbeitslosigkeit, künftig bei der Pensionsberechnung negativ zu Buche schlagen. Es werden nicht mehr die besten 15, sondern die letzten 40 Jahre für die Pensionsberechnung herangezogen.

Und: Wer trotzdem vor 65 Jahren (Männer) beziehungsweise 60 Jahren (Frauen) seine Pensionsjahre beisammen hat, der zahlt bei Pensionierung vor diesem Alter kräftig drauf: Ab 2004 werden 4,2 Prozent pro Jahr früherem Pensionseintritt von der theoretisch erreichten Pension abgezogen.

**„Hackler“-Schmäh.** Womit auch die FP-Koalitionsbedingung „Hacklerregelung“ für Schwerstarbeiter mit langen Versiche- ▶



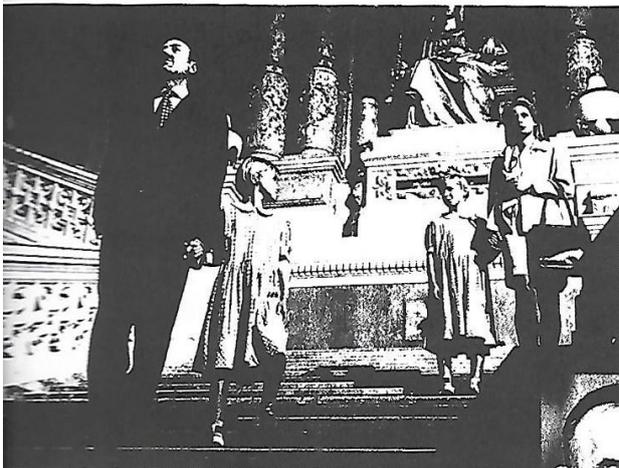
ZUM LACHEN? Wolfgang Schüssel und Herbert Haupt schnürten noch einig ihr Belastungspaket.

# REFORMSCHUB IN SCHWARZ-BLAU

POLITIK

## Schüssels Zuckerbrot-&-Peitsche-ABC

Was die Regierung sonst noch plant: süße Versprechen und saure Reformdrops



**ANWALTPFLICHT BEI SCHEIDUNG.** Geht es nach Justizminister Dieter Böhm, wird künftig jede Scheidung rechtsanwaltspflichtig: Applaus der Experten, Skepsis bei Eheleuten.

Hinter den Kulissen der „großen Brocken“ wie Pensions- und Gesundheitsreform schlummern noch einige mittlere „Polit-Bomben“.

**Anwaltspflicht bei Scheidungen:** Scheidungen sollen künftig laut Plänen von Justizminister Dieter Böhm schneller gehen, auch bei einvernehmlicher Scheidung soll Anwaltspflicht herrschen. Die prominente Wiener Anwältin Andrea Wukovits: „Damit kommt er einer langjährigen Forderung von Scheidungsexperten nach deutschem Vorbild nach. Scheidungen werden meist unterbewertet. Die Scheidung selbst ist nicht teuer, teuer sind aber die unterhaltsrechtlichen Probleme und die Vermögensaufteilungen. Viele Frauen wissen nicht, worauf sie sich bei einer Scheidung einlassen. Ein Anwalt verhindert Fehler, die bei der Scheidung unbedacht bleiben, sich aber in Jahrzehnten gravierend auswirken können.“ Anwaltskosten bei einvernehmlicher Scheidungen: zwischen 1.400 und 2.700 Euro.

**Schüler-Freud und Lehrer-Leid.** Unterrichtsministerin Elisabeth Geheer will als ersten Schritt zu einer Bildungsreform die wöchentliche Schulzeit um zwei Stunden verringern – also eine bessere Chance etwa auf eine Fünf-Tage-Woche bieten. Was auf den ersten Blick als eine im internationalen

Vergleich höchst notwendige, populäre und sinnvolle Maßnahme erscheint, erregt jetzt vor allem die Lehrer-Gewerkschaft. Franz Skala, Chef der AHS-Lehrer, etwa mutmaßt darin die ersten Vorzeichen eines neuen Lehrer-Sparpakets: Es könnten durch die Verringerung der Schulstunden 5.000 bis 8.000 Lehrer österreichweit ihren Job verlieren. Dazu mutmaßen die Beamten-Gewerkschafter, dass die Lehrverpflichtung angehoben – und damit Geld für Überstunden in den Portemonnaies der Professoren gestrichen wird.

**Liberalisierung – Streit um die Arbeitszeit.** Und auch hinter dem ebenso im internationalen Vergleich längst notwendigen Grasser-Vorhaben der Liberalisierung der Ladenschlusszeiten wird auf Oppositionsseite Übles gemutmaßt: Kommen tatsächlich die längeren Öffnungszeiten Hand in Hand mit finanziellen Besserstellungen für die

**ELISABETH GEHEER.** Schülern eine Freude gemacht, Lehrer damit auf die Barrikaden getrieben.



Handelsangestellten, die am Wochenende im Geschäft stehen? Oder wird einfach – wie in Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteien vom Kanzler schon ventiliert – die Regelarbeitszeit wieder auf 40 Stunden angehoben? Das würden Hunderttausende Österreicher finanziell zu spüren bekommen – durch Entfall von Überstunden-Zahlungen.

### Notstandshilfe-Streichung.

Schon konkreter ist das Projekt der Streichung der Notstandshilfe – jenes „Brückenkopfes“ zwischen

Arbeitslosigkeit und endgültigem Abgleiten in den Status des Sozialhilfe-Empfängers. Martin Schenk von der Armutskonferenz meint bitter: „Das ist ein modernes Aussteuerungsmodell. Der Sozialhilfe-Empfänger ist nur mehr Bittsteller, der Anträge stellen

muss. Und hier wird nur noch Armut administriert, statt sie zu bekämpfen.“ Größte Angst der Gewerkschaft bei der Länderkompetenz Sozialhilfe: Es gibt einige Bundesländer, in denen es rechtlich möglich ist, von Sozialhilfe-Empfängern, die einen Job bekommen haben, oder von deren arbeitenden Angehörigen Regress einzufordern – de facto müssten dann Ehepartner, Eltern oder Kinder die Sozialhilfe für ihre Angehörigen bezahlen.

### Abfangjäger, Sicherheit.

Schon bei der Amtsübergabe erklärte Günther Platter, neuer Verteidigungsminister, dass am Kauf der zwei Milliarden teuren Eurofighter nicht zu rütteln sei – es für die Truppe aber kein Geld gebe. Auch die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie wird wohl bei den Beamten zum großen Zähneknirschen führen. Denn dass es mehr Geld und weniger Zwangspensionierungen geben wird, ist wohl Illusion.



### Streitfall Schule

Steht hinter der Verkürzung der Schüler-Stundenzahl ein neues Lehrer-Sparpaket? Der ÖGB sagt: Ja.

## STEUERSENKUN

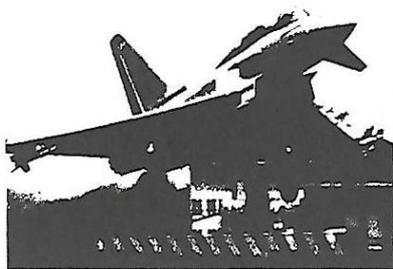
► felung würde laut einer Studie der Gewerkschaft der Privatangestellten einen hohen Prozentsatz der Einnahmen der Selbstbehalte wieder schlucken – vor allem dann, wenn es Höchstgrenzen für mehrere Behandlungen gibt und viele Patienten am Jahresende ihr zu viel bezahltes Geld zurückfordern.

**Höhere Beiträge fixiert.** Fix ist jedenfalls, dass zusätzlich die Krankenversicherungsbeiträge für Angestellte von 6,9 auf 7,3 Prozent des Bruttolohns angehoben werden. Weiters sollen 0,1 Prozent des Gehalts für eine neue Freizeitunfallversicherung eingehoben werden – das sind Belastungen, die sich im Jahr auf weitere rund 50 Euro pro Angestellten summieren. Ebenfalls höhere Beiträge sollen die Pensionisten zahlen. Arbeiter – sie zahlten bisher 7,6 Prozent – werden dagegen entlastet.

**Fragwürdige Ökosteuern.** Weitere 401 Millionen Euro jährlich soll schließlich eine Erhöhung der Energieabgabe und der Mineralöl- sowie Dieselsteuer bringen. Die Gasheizung im durchschnittlichen Einfamilienhaus wird so etwa um rund 80 Euro pro Jahr teurer, je nach Treibstoffart (Benzin oder Diesel) zahlt man bei 15.000 gefahrenen Kilometern im Jahr 30 bis 40 Euro drauf.

**Versprochene Steuerreform.** Sinn dieser höchst unpopulären Übungen der Regierung: Es soll eine Steuerreform finanziert werden, ohne dass der Staatshaushalt völlig aus dem Ruder gerät. Denn Jahresbruttoeinkommen bis 14.500 Euro werden ab 2004 steuerfrei gestellt, die Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer werden gesenkt – was unter dem Strich schon im nächsten Jahr 510





### Streitfall Sicherheit

Abfangjägerkauf wird in jedem Fall durchgezogen. Für die Fußtruppen in Heer und Innenressort fehlt Geld.



### Streitfall Sozialhilfe.

Fällt die Notstandshilfe, könnten künftig Verwandte für die Sozialhilfekosten Langzeitarbeitsloser zahlen müssen.

## Besserverdiener, bitte warten.

Millionen Euro kostet. Die Kleinverdiener werden im besten Fall um 440 Euro jährlich entlastet, bis zu einem Jahresbrutto von rund 30.000 Euro gibt es vergleichsweise geringere Entlastungen um bis zu 100 Euro. Ab 1. Jänner 2005 plant der Finanzminister – höchst marketingtauglich – die „größte Steuersenkung in der Geschichte Österreichs“. Grasser will – falls die Wirtschaftsforscher mit ihren optimistischen Konjunkturprognosen Recht behalten – dann die Steuerzahler um weitere 2,5 Milliarden Euro entlasten. Ein Versprechen, das schon einmal an Konjunktur (und Hochwasser) gescheitert ist. Aber immerhin eine völlig neue Trademark für den smarten Minister.

**Ende des Nulldefizits.** Schließlich hat sich Grasser vom „Nulldefizit“ verabschiedet. Jetzt will der Finanzminister „aus Fehlern gelernt“ haben – und die allseits geforderten Steuersenkungen umsetzen. Freilich stößt er auch mit dieser Strategie auf Widerstand. Experten kritisieren, dass die Steuer-

reform zu spät komme. 2005 könnte sich das Wirtschaftsklima verbessert haben. Eine Steuersenkung würde dann bloß das Budget belasten, ohne Konjunktur-Effekte auszulösen.

Die Kritik ist inzwischen flächendeckend. So meint der Sozialforscher Bernd Marin, dass „die Pensionsreform ein Schritt in die richtige Richtung ist, die soziale Abfederung des Modells aber noch fehlt“. Der Politologe Emerich Talos: „Dieses Koalitionsprogramm ist ein seltenes Dokument an Vagheit, Unklarheit und Schönfärberei.“ Und der Präsident der SP-Pensionisten, Karl Blecha, erklärt gar, „dass das ein klarer Bruch des Pensionsversicherungsversprechens der Regierungsparteien im Wahlkampf ist“.

Gerhard Schröder, schau oba. Wird sich wohl auch SP-Budgetsprecher Christoph Matznetter gedacht haben: „Dagegen sind die Belastungen in Deutschland, für die Schröder so hart kritisiert wurde, wahrlich ein Lercher!“

J. GALLEY, A. LINHART, F. WÖBER ■

## „Wortbruch“ schlimmer als Schröder



CHRISTOPH MATZNETTER

„Gegen Schüssels Pläne sind die Belastungen in Deutschland durch Schröder ein Lercherl.“



KARL BLECHA

„Die Pensionspläne sind ein klarer Bruch der Wahlkampf-Versprechen durch die Regierungsparteien.“